

**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen Deputation für Gesundheit
am 12.03.2015**

„Rauchen kann tödlich sein – Kinder und Jugendliche vor den Gefahren von E-Shishas schützen“. Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 11. November 2014

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat am 11. November 2014 den folgenden Dringlichkeitsantrag (Drs. 18/1616) in die Bremische Bürgerschaft eingebracht:

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf,

1. bis zum Beginn des nächsten Schulhalbjahres den Konsum von E-Shishas an den allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen zu verbieten.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Jugendschutzgesetz dahingehend zu ändern, dass der Konsum von E-Shishas analog zum Konsum von Tabakprodukten untersagt wird.
3. sich auf Bundesebene analog zu den Regelungen bei Tabakprodukten für eine Einschränkung der Werbung für E-Shishas einzusetzen.

Am 19. November 2014 überwies die Bremische Bürgerschaft den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit.

B. Lösung

Anliegender Bericht wird der staatlichen Deputation für Gesundheit zur Kenntnis gegeben. Aus dem Bericht wird ersichtlich, dass den Beschlussempfehlungen des Antrags der Fraktion der CDU (Drs. 18/1616) nicht ohne Veränderungen gefolgt werden kann. Der staatlichen Deputation werden daher neue Beschlussempfehlungen in Form eines Antrags der staatlichen Deputation für Gesundheit zur Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft zur Abstimmung vorgelegt.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Es ergeben sich für den öffentlichen Haushalt weder finanzielle oder noch personalwirtschaftliche Auswirkungen. Eine geschlechtsspezifische Problematik ist nicht erkennbar.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist erfolgt.

F. Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Gesundheit beschließt den Bericht und Antrag und dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).

Anlage:

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Gesundheit